

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Fall Nawalny nicht missbrauchen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung Sanktionen oder einen vollständigen Stopp der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 nicht mehr ausschließt. Trotz dieser jüngeren Entwicklung bestehen die Gründe, die den Landtag in seiner Sitzung am 27. August 2020 veranlasst haben, eine unterstützende Resolution zu Nord Stream 2 zu verabschieden, unverändert fort. Ein Baustopp würde nicht nur Deutschland, sondern vor allem auch unserem eigenen Land massiv schaden. Ein solcher Schritt ist unverantwortlich.
2. Der Landtag bekräftigt deshalb sein Bekenntnis zu Nord Stream 2 und fordert die Landesregierung auf, Sanktionen gegen das Projekt mit allen Kräften auf allen Ebenen abzuwehren und sich so für die Energiesicherheit Deutschlands einzusetzen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Der Landtag hat sich in seiner Sitzung am 27. August 2020 einstimmig zu dem Projekt der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 bekannt und dessen Fertigstellung und Inbetriebnahme gefordert. Nunmehr hat der Fall Nawalny, der nach Feststellung der ihn behandelnden Ärzte der Charité und der Chemiker eines Bundeswehrlabors mit einem chemischen Nerven-
kampfstoff vergiftet wurde, dazu geführt, dass das Projekt von verschiedenen Seiten massiv infrage gestellt wird. Dazu gehören neben denen, die sich dem Projekt seit jeher entgegenstellen, auch Politiker unseres Landes. Von diesen wird unverblümt der Stopp des Pipeline-Projekts als vermeintlich angemessene Antwort auf die Vergiftung Nawalyns gefordert. Zudem schließt die Bundeskanzlerin eine Verknüpfung des Falls Nawalny mit dem Stopp der Pipeline nicht mehr aus.

Unabhängig davon, wer für den Anschlag verantwortlich ist, wäre ein Abbruch des Projekts eine unverantwortliche Reaktion. Ein Baustopp würde nicht nur Deutschland, sondern vor allem auch unserem eigenen Land schaden. Schätzungen zufolge würde das Projektende zu Kosten in Milliardenhöhe führen und hunderte Firmen treffen. Es darf nicht sein, dass die politischen Akteure, die schon immer gegen Nord Stream 2 waren, nunmehr den Giftanschlag zum Anlass nehmen, mit moralischer Empörung dem Projekt kurz vor Beendigung noch den Todesstoß zu versetzen.